

Die SVP kritisiert die Unsitte, dass Bundesräte den Rücktritt weit im Voraus ankündigen **SEITE 17**

Die Euphorie um die Young Boys verstärkt die Aufbruchstimmung im Kanton Bern **SEITE 19**

«Ich meine, das Risiko sei vertretbar»

Bundeskanzler Walter Thurnherr äussert sich zur Kritik am E-Voting und zu Chancen und Gefahren der digitalen Demokratie

Herr Thurnherr, die Skepsis gegenüber E-Voting wächst: Das Urner Parlament hat die Einführung von E-Voting im März deutlich abgelehnt, Gegner wollen auf nationaler Ebene gar eine Volksinitiative lancieren. Überrascht Sie diese Entwicklung?

Erstaunlich ist schon, dass der Bundesrat vor nicht allzu langer Zeit noch Vorstösse im Parlament bekämpfen musste, mit denen man die Kantone zwingen wollte, bis 2019 E-Voting mindestens für Auslandschweizer anzubieten.

Es waren aber primär die Vertreter der Auslandschweizer, denen es zu langsam vorwärtsging.

Nein, bei weitem nicht! Und es gab auch das Argument von Politikern und Kantonen, man müsse E-Voting für alle einführen können, damit es überhaupt rentiere. Von daher ist die jüngste Entwicklung etwas widersprüchlich. Aber es ist auch verständlich, denn das Umfeld hat sich geändert. Nehmen Sie die Schlagzeilen über versuchte Manipulationen von Wahlen im Ausland oder über Facebook. Das führt natürlich zu Verunsicherungen. Obschon diese Vorfälle ja vor allem die politische Meinungsbildung betreffen, nicht den Wahlvorgang an sich.

Wollen Sie sagen, die Verunsicherung sei verständlich, aber nicht rational?

Da wäre ich vorsichtig. Dem Einzelnen wird heute einiges zugemutet, wenn er solche Fragen beurteilen muss. Mit E-Voting hatten wir bis jetzt 200 Versuche, und es gibt keinen Hinweis, dass etwas nicht korrekt ablief. Wenn aber jemand behauptet, das Genfer System sei gehackt worden, verunsichert das natürlich, auch wenn die Behauptung falsch ist. Dann beginnt man neu abzuwägen, und das ist ein durchaus rationaler Vorgang. Die Abwägung ist nötig, wichtig ist aber, dass sie faktenbasiert ist.

Ist die Stimmung nicht bereits gekippt? Es ist zu früh, um das zu beurteilen. In den Kantonen gibt es unterschiedliche Tendenzen. Sie erwähnten Uri. Basel-Stadt hat beschlossen, das E-Voting auszuweiten, auch Zürich will vorwärts machen. Glarus will E-Voting anlässlich der Wahlen 2019 als erster Kanton allen Stimmberechtigten anbieten.

Es fällt aber auf, dass man von den Befürwortern kaum mehr etwas hört. Woher die Zurückhaltung?

Das müssen Sie die Befürworter fragen. Der Bundesrat hielt und hält sich immer an die Devise «Sicherheit vor Tempo».

Trotzdem verfolgt der Bund das Ziel, dass bis 2019 in zwei Dritteln der Kantone die elektronische Stimmabgabe für alle Stimmberechtigten eingeführt sein soll. Geht das nicht zu schnell?

Ich denke nicht. Wir haben 14 Kantone, die bereits Versuche durchgeführt haben. Beide Systemanbieter, also der Kanton Genf und die Post, haben zudem bis Ende 2018 vollständig verifizierbare Systeme in Aussicht gestellt. Und einen Zwang gibt es nicht, jeder Kanton bestimmt selbst. Der Bund schafft einfach die gesetzliche Grundlage und definiert die Anforderungen an die Sicherheit und die Transparenz. Letztere haben wir im vergangenen Jahr wieder verschärft. Vollständig verifizierbare Systeme müssen neu den Quellcode offenlegen, und nach der Zertifizierung durch unabhängige Dritte müssen sie einen öffentlichen Intrusionstest zulassen.

Wie werden diese Intrusionstests genau aussehen?

Wir müssen den genauen Ablauf mit den Systemanbietern noch festlegen. Aber jeder wird versuchen können, das System



«Jeder wird versuchen können, das System zu hacken»: Bundeskanzler Walter Thurnherr vor dem Bundeshaus West in Bern.

NATHALIE TAIANA / NZZ

zu hacken. Und gelingt es jemandem, haben die Betreiber und allenfalls die Zertifizierungsstellen natürlich ein Problem. Wir gehen aber davon aus, dass dies nicht so einfach möglich sein wird.

Jemand könnte auch versuchen, das System vor einer Abstimmung mit Denial-of-Service-Attacken lahmzulegen. Wie stellt man da sicher, dass die Leute dennoch abstimmen können?

Das muss man zeitlich so staffeln, dass dem Bürger auch bei einem Systemabsturz immer die Möglichkeit bliebe, über einen anderen Kanal abzustimmen.

Das System zu hacken, wäre schwierig – aber ausschliessen kann man es nicht.

Nein, genauso wie Flugzeuge nicht absolut sicher sind oder AKW. Letztlich ist das auch die falsche Frage. Was man von einem E-Voting-System aber verlangen

«Ich habe mehr Vertrauen ins E-Voting als in jedes andere System, das ich auf meinem Computer brauche.»

kann, ist, dass es eine Manipulation feststellt. Beim brieflichen Stimmkanal können Sie das übrigens nicht. Auch da sind Manipulationen möglich, vielleicht in kleinerem Ausmass, aber es ist viel unwahrscheinlicher, dass eine Manipulation im vollständig verifizierbaren E-Voting unentdeckt bleibt.

Kann man garantieren, dass eine Manipulation in jedem Fall erkannt würde?

Mittels der individuellen Verifizierbarkeit kann zunächst jeder einzelne Stimmbürger überprüfen, ob seine Stimme korrekt als Ja oder Nein registriert wurde. Und mit der vollständigen Verifizierbarkeit kann mit einem systemunabhängigen Computer überprüft werden, ob die Ja- und Nein-Stimmen in der elektronischen Urne eingelegt und dann auch richtig ausgezählt wurden. Es ist vergleichbar mit einem sehr gut gesicherten Haus, bei dem Sie einen Einbruch auch nicht mit hundertprozentiger Sicherheit ausschliessen können, wo Sie aber sofort sehen würden, wenn jemand eingedrungen ist. In der Kryptologie gibt es solche international anerkannten Verfahren, die das sicherstellen und beim E-Voting eingesetzt werden sollen.

Aber sobald es zu einer Fehlermeldung kommt, wäre automatisch auch die Güte des Abstimmungsergebnisses infrage gestellt, und man müsste die Abstimmung wiederholen.

Nur im schlimmsten Fall, wenn man feststellt, dass das Resultat entscheidend beeinflusst wurde.

Es geht aber doch um einen sensiblen Bereich. Reicht nicht das Misstrauen der Leute, um die Glaubwürdigkeit eines Urnengangs zu untergraben?

Es ist denkbar, dass man zu diesem Schluss kommt. Die Österreicher haben keine AKW, weil sie dieser Technologie nicht trauen. Graubünden hatte als einziger Kanton während 25 Jahren das Auto verboten, weil es ihm nicht traute. Das ist eine legitime Entscheidung. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass die Leute, welche entscheiden, die Vor- und Nachteile kennen und damit insbesondere die Anforderungen, die wir an die Sicherheit stellen. Dann kann jeder seine Schlussfolgerungen ziehen.

Ich persönlich meine, das Risiko sei vertretbar und die Vorteile überwiegen.

Sie vertrauen dem System und würden auch selber elektronisch abstimmen?

In das System, das wir anstreben, mit der vollständigen Verifizierbarkeit, habe ich mehr Vertrauen als in jedes andere System, das ich auf meinem Handy und dem Computer brauche.

Aber lohnt sich all der Aufwand überhaupt? Das heutige Abstimmungssystem funktioniert doch bestens.

Die Frage ist berechtigt, und genau diese Debatte wird in den Kantonen auch geführt. Wir stellen einfach fest, dass es ein Bedürfnis für E-Voting gibt. Am 4. März hat jeder zweite Stimmende, der vom elektronischen Stimmkanal Gebrauch machen konnte, diesen auch genutzt. Und je mehr Stimmbürger am E-Voting teilnehmen können, desto günstiger wird es. Mit dem papierarmen Verkehr könnten die Kantone künftig viel Geld sparen. Aber natürlich, es kostet und birgt gewisse Risiken. Falls der Gesetzgeber oder das Volk feststellt, der Preis sei zu hoch, ist das zu akzeptieren.

Der nächste Schritt ist eine Gesetzesvorlage, um den heutigen Versuchsbetrieb in den ordentlichen Betrieb überzuführen. Wann kommt sie?

Wir planen, die Vernehmlassung in der zweiten Jahreshälfte zu eröffnen. Es geht ja im Wesentlichen darum, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, damit die Kantone nicht mehr für jeden Urnengang eine Zulassung fürs E-Voting brauchen, sobald die Systeme die Anforderungen nachweislich erfüllen. Aber ich kann natürlich nicht ausschliessen, dass das Parlament die Vorlage ablehnt. Dann würden wir einfach im Versuchsbetrieb bleiben.

Der grüne Nationalrat Balthasar Glättli verlangt, unterstützt von Parlamentariern aus allen Parteien, dass das «Verfahren zur Ermittlung von Wahl- und Abstimmungsergebnissen von den Stimm- und Wahlberechtigten ohne besondere Sachkenntnis überprüft werden kann» – ist das realistisch, oder wäre es der Todesstoss fürs E-Voting?

Ich kann es nicht sagen, weil ich nicht weiss, was man mit dieser Forderung genau meint. Nehmen Sie als bildhaftes Beispiel die Maschinen, die die Kantone heute zum Zählen der Stimmzettel verwenden – soll der Stimmbürger einfach verstehen, wie diese Maschinen funktionieren, oder muss er die Zettel selber nachzählen können? Dasselbe gilt für die Algorithmen des E-Votings. Wir müssen das noch anschauen.

Wäre es nicht sinnvoller, die Digitalisierung anderswo zu fördern, etwa beim Sammeln von Unterschriften?

Das E-Collecting ist vor allem für die Initiativ- und Referendumskomitees eine Erleichterung, weniger für die Bürgerin oder den Bürger. Und es bestehen noch verschiedene Fragen. Wie würde zum Beispiel sichergestellt, dass diese Komitees die gesammelten Daten genügend schützen, sie nicht für andere Zwecke verwenden?

Wollen Sie damit sagen, es sei einfacher, die Sicherheit beim E-Voting zu gewährleisten als beim E-Collecting?

Was den Datenschutz anbelangt, ganz sicher.

Es würde ja niemand gezwungen, seine Unterschrift elektronisch abzugeben.

Richtig. Ich bin auch nicht per se gegen E-Collecting. Aber auch hier lohnt es sich, ein paar Fragen zu stellen. Zum Beispiel, ob es sinnvoll ist, die Demokratie zu beschleunigen. Wenn ein Kind von

einem Pitbull gebissen wird, könnte man dank E-Collecting die Unterschriften mit der ersten Empörungswelle sehr schnell sammeln. Aber manchmal kann man auch zu früh aufhören, über etwas nachzudenken. Eine gewisse Langsamkeit kann in einer Demokratie durchaus ein Gewinn sein. Sie ist ja mehr als eine periodisch wiederholte Umfrage.

Macht man sich beim Bund auch grundsätzlich Gedanken darüber, wie sich die Demokratie im Zeitalter der Digitalisierung weiterentwickeln wird?

Wir sind daran, einen Bericht zu verfassen als Antwort auf ein Postulat des Luzerner FDP-Ständerats Damian Müller. Hier geht es darum, wie die Digitalisierung zur Förderung der politischen Partizipation eingesetzt werden kann. E-Collecting ist übrigens Teil der Überlegungen. Aber auch, wie man vor Abstimmungen besser informieren könnte. Da werden ja zum Beispiel Bild- und Video-Elemente je länger, je wichtiger.

Die Digitalisierung birgt, Sie haben es eingangs erwähnt, auch Gefahren für die Demokratie. Wie geht der Bund damit um?

Das betrifft einerseits Fragen auf internationaler Ebene: Wie regulieren wir Plattformen wie Facebook oder Twitter? Das können wir national nicht regeln. Fragen in diesem Kontext stellen sich aber auch bei der Revision des Datenschutzgesetzes oder grundsätzlich bei der Cybersicherheit.

Gibt es in der Schweiz Entwicklungen in Abstimmungskampagnen, die Sie beunruhigt haben?

Nein, bis jetzt gibt es auch keine Hinweise auf Verfälschungen, wie sie in den USA Schlagzeilen machen. Abstimmungen über Dinge wie den Schweizer Finanzausgleich interessieren im Ausland

«Viele meinen immer noch, das Internet sei eine grosse Bibliothek, dabei ist es eher eine grosse Deponie.»

eher weniger. Aber man sagt oft, es sei wichtig, dass unsere Kinder in den Schulen programmieren lernten. Ich glaube, es ist mindestens so wichtig, dass sie kompetenter werden im Umgang mit dem Internet, dass sie die Qualität der Quellen hinterfragen, Informationen gewichten und richtig einschätzen können. Wenn Sie auf Google «Big Bang Theory» eingeben, dann kommt zuerst eine TV-Sendung, um ein harmloses Beispiel zu nennen. Viele meinen immer noch, das Internet sei eine grosse Bibliothek, dabei ist es eher eine grosse Deponie. Da gibt es ein paar wertvolle Sachen, aber auch viel Ramsch.

Über die sozialen Plattformen wird auch bei uns der Meinungsbildungsprozess beeinflusst.

In einer direkten Demokratie ist insbesondere das Wissen, wie sie überhaupt funktioniert, sehr wesentlich. Da wir alle drei, vier Monate eine Abstimmung haben, haben Schweizer Bürger aber vielleicht früher als andere gelernt, dass man in einer Abstimmungskampagne nicht alles glauben sollte. Sie haben eine grosse Routine im Umgang mit Informationen entwickelt. Bemerkenswert ist ja, dass trotz Internet und sozialen Netzwerken das offizielle Abstimmungsbüchlein immer noch sehr stark beachtet und akzeptiert wird.

Interview: Heidi Gmür, Erich Aschwanden